

1 **Thema: Sozialpolitik**

2 **Für ein soziales Miteinander in den Kommunen**

3 Die soziale Spaltung zwischen Arm und Reich wird immer tiefer, innerhalb der Städte sowie
4 zwischen Stadt und Land. Während marginalisierte Stadtviertel sowie viele kleinere und mittlere
5 Städte in strukturschwachen Gebieten von Vernachlässigung und Mangel an sozialer
6 Infrastruktur geprägt sind, bilden sich andernorts durch Aufwertung und Verdrängung
7 abgeschottete Wohlstandsinseln (Gentrifizierung). Strukturschwache Regionen leiden unter dem
8 ersatzlosen Abbau ihrer Industriearbeitsplätze, enormen Kaufkraftverlusten und der
9 Abwanderung ihrer Bewohner:innen.

10 In den wachsenden Städten und ihrem Umland ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum für
11 viele Menschen zu einer existenziellen Frage geworden. Große Teile der Innenstädte werden
12 privat bewirtschaftet oder befinden sich sogar komplett in Privatbesitz. Viele öffentliche Räume
13 werden zu Konsummeilen und Sicherheitszonen, oft umrahmt von gesichtsloser Architektur. Für
14 all jene, die nicht konsumieren wollen oder können, gibt es immer weniger Platz.

15 Bund und Länder investieren Milliarden in Prestigeobjekte und vernachlässigen gleichzeitig die
16 Weiterentwicklung attraktiver und lebenswerter Wohnorte. Die Schwächung der öffentlichen
17 Finanzen, insbesondere in den Kommunen, führt zu Einsparungen bei sozialen Projekten.
18 Investitionen in die Daseinsvorsorge fehlen.

19 Doch mit der einseitigen Ausrichtung auf Wirtschaftsförderung, privaten Wohnungsbau und
20 Quartiersaufwertung sind die falschen Rahmenbedingungen gesetzt worden: Die Chancen des
21 Stadtumbaus hin zu einer ökologischen, energieeinsparenden und sozialverträglichen Wende
22 der Stadtentwicklung unter breiter Beteiligung und Mitbestimmung der Bewohner*innen
23 werden nur ungenügend genutzt. In einigen Projektgebieten ist die Stimmung besser, das
24 Wohnumfeld baulich schöner geworden, die sozialen Probleme aber sind weiter gewachsen.

25 **Die Linke fordert und unterstützt:**

- 26 - Die Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Einwohner:innen in allen politischen
- 27 Fragen
- 28 - Die Selbstorganisation durch bspw. Mieterinitiativen der Einwohner*innen
- 29 - Die Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand;
30 dies gilt für den Verkehr, die soziale Infrastruktur für Kinder, Familien und Senior*innen,
31 Gesundheitsdienste, Beratungsstellen u. v. m.
- 32 - Den Bau bezahlbarer kommunaler Wohnungen
- 33 - Die Grundversorgung aller Einwohner*innen in Bezug auf Strom, Heizung, Gas und
34 Wasser muss gewährleistet sein
- 35 - Die sozialen Sicherungssysteme müssen weiter ausgeweitet werden, um Lücken der
36 sozialen Infrastruktur zu schließen
- 37 - Eine sozialraumorientierte Politik, welche etwa mit Quartiersmanagement, ÖPNV-
38 Entwicklung und Vernetzung die Lebensbedingungen in Stadtteilen und Quartieren vor
39 Ort müssen verbessert

40 **Vor Ort in der Kommune gibt es viele Möglichkeiten, sozialer Benachteiligung** 41 **entgegenzuwirken:**

- 42 - Die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse mit guten Löhnen, von
43 denen Menschen leben können, ohne auf aufstockende Leistungen angewiesen zu sein.

- 44 - Der Ausbau und die kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, im ersten Schritt
45 zumindest für alle Personen unter 18 Jahren, Schüler*innen, Auszubildende sowie
46 Rentner:innen , Bürgergeld- und Grundsicherungsbezieher:innen
- 47 - Die Schaffung neuer Angebote schaffen der kommunalen Daseinsvorsorge, wie z. B.
48 kommunale Sozialpässe für Museen, Schwimmbäder und Sozialtarife für Strom und Gas
- 49 - Die Lehrmittelfreiheit und kostenloses Mittagessen in Tageseinrichtungen und an allen
50 Schulen
- 51 - Die regelmäßige Erstellung eines Armutsberichts in den Kreisen und kreisfreien Städten
52 durch die öffentliche Hand
- 53 - Der Erhalt und Ausbau öffentlich finanzierter sozialer Beratungsstellen, z. B.
54 Erwerbslosenzentren, Schuldnerberatungen, AIDS-Hilfen, ambulante Suchthilfe und
55 Schwangerschaftskonflikt-Beratungsstellen sowie Beratungsstellen für Geflüchtete
56 Menschen
- 57 - Die Stärkung von Bürgerzentren
- 58 - Die weitere Förderung von Verbraucherschutzzentralen mit einer ausreichenden
59 personellen Ausstattung
- 60 - Die Ausweitung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Menschen, die von
61 Wohnungs- oder Obdachlosigkeit betroffen sind